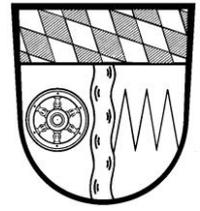


Amtsblatt

des Landkreises Miltenberg



Sachgebiet Wasserrecht

Az: 43 – 8631.02

Verordnung des Landratsamtes Miltenberg über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Faulbach, Breitenbrunn und Altenbuch, Landkreis Miltenberg, sowie den Gemarkungen Hasloch, Hasselberg und Schollbrunn, Landkreis Main-Spessart zum Schutz der Brunnen 1 und 2 Breitenbrunn für die öffentliche Wasserversorgung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Stadtprozellener Gruppe, Landkreis Miltenberg

Das Landratsamt Miltenberg erlässt auf Grund des § 51 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und § 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2023 (BGBl. I Nr. 409) i. V. mit Art. 31 Abs. 1 und 2 und 63 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.02.2010 (GVBl. S. 66, 130), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 09.11.2021 (GVBl. S. 608) folgende

V e r o r d n u n g

§ 1 Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Stadtprozellener Gruppe wird das in § 2 näher umschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach §§ 3 bis 8 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

- (1) Das Schutzgebiet besteht aus
- einer weiteren Schutzzone,
 - einer engeren Schutzzone und
 - zwei Fassungsbereichen.

Kontakt:
Brückenstraße 2
63897 Miltenberg
Telefon: 09371 501-0
Telefax: 09371 501-79270
E-Mail: poststelle@lra-mil.de

Bankverbindung:
Sparkasse Aschaffenburg Miltenberg
IBAN: DE52 7955 0000 0620 0018 34
SWIFT-BIC: BYLADEM1ASA
Ust-IdNr.: DE 132115042

unsere Öffnungszeiten im Internet:



www.landkreis-miltenberg.de

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind in dem in Anlage 1 wiedergegebenen Lageplan eingetragen. Für den genauen Grenzverlauf ist ein Lageplan im Maßstab 1: 2.500 maßgebend, der im Landratsamt Miltenberg, bei der Gemeinde Altenbuch, der Gemeinde Faulbach und der Verwaltungsgemeinschaft Kreuzwertheim niedergelegt ist; er kann dort während der Dienststunden eingesehen werden. Die genaue Grenze der Schutzzone verläuft auf der jeweils gekennzeichneten Grundstücksgrenze oder, wenn die Schutzzonengrenze ein Grundstück schneidet, auf der der Fassung näheren Kante der kennzeichnenden Linie.

(3) Veränderungen der Bezeichnungen oder der Grenzen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.

(4) Die Fassungsbereiche sind durch eine Umzäunung, die Engere Schutzzone und die Weitere Schutzzone sind, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kenntlich gemacht.

§ 3 Verbote, Beschränkungen und Handlungspflichten

Es sind, unbeschadet der allgemein geltenden Regelungen sowie behördlicher Entscheidungen gem. § 52 Abs. 1 Satz 1 WHG,

(1)

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
1.	bei Eingriffen in den Untergrund (ausgenommen in Verbindung mit den nach Nr. 2 bis 5 zugelassenen Maßnahmen)		
1.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche, auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, vorzunehmen oder zu erweitern (insbesondere Fischteiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Übertagebergbau und Torfstiche, Mastfundamente)	nur Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zulässig bzw. Bodenuntersuchungen für Düngeberatungen	
1.2	Wiederverfüllen von Erdaufschlüssen, Baugruben, Leitungsgräben sowie Geländeauffüllungen	nur zulässig - im Zuge von Baumaßnahmen mit dem ursprünglichen Erdaushub, sofern dieser unbedenklich ist - oder wenn die Unbedenklichkeit des Auffüllmaterials (Fremdmaterial) im Einzelfall nachgewiesen wird - und wenn die Bodenaufgabe wiederhergestellt wird	verboten

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
1.3	Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Nrn. 2.1, 3.7 und 6.12)	zulässig, Nr. 1.2 ist zu beachten	verboten (für Reparaturarbeiten an bestehenden Leitungen siehe Anlage 2 Ziffer 1)
1.4	Bohrungen/Grabungen	nur zulässig - für Bodenuntersuchungen bis zu 1 m Tiefe - für Bodenuntersuchungen mit Kleinbohrverfahren (DIN 4021) über 1 m Tiefe, wenn biologisch abbaubare Betriebs- und Schmiermittel verwendet und die Bohrlöcher mit quellfähigem Ton abgedichtet werden	
1.5	Untertage-Bergbau, Tunnelbau	verboten	
1.6	Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren ¹	verboten	
2.	bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Anlage 2, Ziffer 2.1)		
2.1	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Allgemein gültige Informationen Anlage 2, Ziffer 2.1	
2.2	Errichten oder Erweitern von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne des § 65 UVPG i. V. m. Nrn. 19.3 bis 19.6 der Anlage 1 zum UVPG sowie § 2 Abs. 2 RohrFLtgV, außerdem von Rohrleitungsanlagen, die nicht der AwSV unterliegen, bei denen jedoch zumindest Anlagenteile wassergefährdende Stoffe enthalten können	verboten	
2.3	Anlagen nach § 62 WHG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern (ohne Nrn. 2.4 bis 2.6)	nur zulässig entsprechend Anlage 2, Ziffer 2.2 für Anlagen, wie sie im Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft (max. 1 Jahresbedarf) üblich sind	verboten

¹ Bestehende Anlagen bleiben unberührt.

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
2.4	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen § 62 WHG außerhalb von Anlagen nach Nr. 2.3 (siehe Anlage 2, Ziffer 2.3)	nur zulässig für die kurzfristige (wenige Tage) Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungsklasse 2 in dafür geeigneten, dichten Transportbehältern bis zu je 50 Liter	verboten
2.5	Abfall im Sinne der Abfallgesetze sowie bergbaulichen Rückstände abzulagern (Die Behandlung und Lagerung von Abfällen fällt unter Nr. 2.2 und 2.3.)	verboten	
2.10	Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	verboten	
3.	bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen²		
3.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern, einschließlich Kleinkläranlagen	<ul style="list-style-type: none"> - nur Kleinkläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe für bestehende bauliche Anlagen - Klärbecken und –gruben in monolithischer Bauweise, - Teichanlagen und Pflanzenbeete mit künstlicher Sohleabdichtung zulässig, wenn die Dichtheit und Standsicherheit durch geeignete Konzeption, Bauausführung und Bauabnahme sichergestellt ist	verboten
3.2	Regen- und Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	verboten	
3.3	Aborte	nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind	verboten
3.4	Ausbringen bzw. Versickern von Abwasser	verboten, ausgenommen gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläranlagen zusammen mit Gülle oder Jauche aus landwirtschaftlicher Verwertung. Der Schlamm aus Kleinkläranlagen darf nicht ausgebracht werden.	verboten

² Abwasser im Sinne dieser Verordnung ist Niederschlagswasser und Schmutzwasser (§ 54 WH).

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
3.5	Anlagen zur - Versickerung von Abwasser oder - Einleitung oder Versickerung von Kühlwasser oder Wasser aus Wärmepumpen ins Grundwasser zu errichten oder zu erweitern	verboten	
3.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern (Die Niederschlagswasserfrei- stellungsverordnung ist nicht einschlägig.)	nur zulässig - bei ausreichender Reinigung durch flächenhafte Versickerung über den bewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen ³ und - wenn das Niederschlagswasser nicht nachteilig verändert ist. Verboten für Niederschlagswasser - von Gebäuden aus gewerblich genutzten Grundstücken oder - von beschichteten Metaldächern.	verboten
3.7	Abwasserleitungen und zugehörige Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig zum Ableiten von Abwasser, unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik, wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprüfung und alle 10 Jahre durch Druckprobe oder anderes gleichwertiges Verfahren überprüft wird (dabei sind die einschlägigen DIN- Normen und technischen Merkblätter sowie die örtlichen Entwässerungssatzungen in ihrer jeweils gültigen Fassung zu berücksichtigen) Das Durchleiten von außerhalb des Wasserschutzgebiet gesammelten Abwasser ist verboten.	verboten

³ Siehe DWA-Regelwerk, Merkblatt DWA-M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
4.	bei Verkehrswegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Hausgärten, sonstigen Handlungen im Freien		
4.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern Und von Straßen und Verkehrsflächen abfließendes Wasser zu versenken oder zu versickern	<p>nur zulässig</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wenn die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag) in der jeweils gültigen Fassung beachtet werden und - Wenn die Ziffer 3.7 beachtet wird - Wie in Zone II <p>Hinweis: Für bereits vorhandene Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen gelten die „Technischen Regeln zur Ableitung und Behandlung von Straßenoberflächenwasser, Anhang 1 – Hinweise für Maßnahmen an bestehenden Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag)</p>	<p>nur zulässig</p> <ul style="list-style-type: none"> - für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt-öffentliche Wege, Eigentümer- und Privatwege - bei breitflächigem Versickern des abfließenden Niederschlagswassers und wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung erhalten bleibt - und die zum Einsatz kommenden Materialien den Anforderungen der Bundes-Bodenschutzverordnung und der Ersatzbaustoffverordnung entsprechen
4.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.3	Verwenden von Baumaterialien mit auswaschbaren oder auslaugbaren wassergefährdenden Stoffen (z. B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel), insbesondere beim Straßen-, Wege-, Eisenbahn- oder Wasserbau	verboten	
4.4	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.5	Bade- oder Zeltplätze einzurichten oder zu erweitern; Camping aller Art	nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung unter Beachtung von Nr. 3.7	verboten
4.6	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	<ul style="list-style-type: none"> - nur zulässig mit Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentwässerung gemäß Nr. 3.7 und bei ausreichender Anzahl befestigter, ordnungsgemäß entwässerter Parkplätze - verboten für Tontaubenschießanlagen und Motorsportanlagen 	verboten

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
4.7	Großveranstaltungen durchzuführen	- nur zulässig mit ordnungsgemäßer Abwasserentsorgung und ausreichenden, befestigten Parkplätzen (wie z. B. bei Sportanlagen) - verboten für Geländemotorsport	verboten
4.8	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.9	Flugplätze einschl. Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsplätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.10	Militärische Übungen durchzuführen	verboten	
4.11	Gartenbaubetriebe oder Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern (Hausgärten zählen nicht dazu)	verboten	
4.12	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen, die nicht land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen genutzt werden (z. B. Verkehrswege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)	verboten	
4.13	Düngen mit Stickstoffdüngern	nur zulässig bei standort- und bedarfsgerechter Düngung, die nachprüfbar dokumentiert wird	nur standort- und bedarfsgerechter Düngung mit Mineraldünger zulässig, die nachprüfbar dokumentiert wird
4.14	Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität	verboten
4.15	Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb befestigter Verkehrsflächen. Die Forst- und Landwirtschaft bleibt davon unberührt.	zulässig	verboten

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
5.	bei baulichen Anlagen		
5.1	bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig - wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt oder in eine dichte Sammelentwässerung eingeleitet wird, unter Beachtung von Nr. 3.7 - wenn die Gründungssohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt - die Nr. 1.2 eingehalten wird - wenn vom Bauwerber nachgewiesen wird, dass weder durch die Ausführung der Baumaßnahmen noch durch die spätere Nutzung von Gebäuden und Grundstücken eine Gefährdung des Grundwassers ausgehen kann und - wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung hierdurch im Wesentlichen erhalten bleibt	verboten
5.2	Ausweisung neuer Baugebiete in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen nach dem BauGB	verboten	
5.3	Stallungen zu errichten oder zu erweitern ⁴	verboten, nur für in dieser Zone bereits vorhandene landwirtschaftliche Anwesen zulässig, wenn die Anforderungen gemäß Anlage 2 Ziffer 4.1 eingehalten werden	verboten
5.4	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft (JGS-Anlagen) zu errichten oder zu erweitern ²	verboten	
5.5	Ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern ⁴	nur zulässig mit Auffangbehälter für Silagesickersaft, Behälter für Anlagen größer 150 m ³ entsprechend Nr. 5.4	verboten

⁴ Es wird auf den Anhang 7 „Anforderungen an JGS-Anlagen“ der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV), sowie auf die entsprechenden „Technischen Regeln wassergefährdende Stoffe (TRwS) JGS-Anlagen“, DWA-Arbeitsblatt A 792 in der jeweils aktuellen Fassung hingewiesen, die nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) und zu Betrieb und Überwachung enthalten; auf aktuellen Stand gemäß AwSV ist zu achten.

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
5.6	Biogasanlagen einschließlich deren Lagerbehälter zu errichten oder zu erweitern	nur nach wasserrechtlicher Einzelfallprüfung und Beachtung der einschlägigen Gesetze und technischen Regeln, insbesondere des „Biogashandbuchs Bayern“ bzw. einschlägiger Neuregelungen (siehe auch Anlage 2 Ziffer 4.2)	verboten
5.7	Windkraftanlagen ⁵	nur zulässig nach wasserrechtlicher Einzelfallprüfung	verboten
5.8	Bauen im Außenbereich	grundsätzlich verboten, nur im Einzelfall nach wasserrechtlicher Prüfung	verboten
6.	bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Flächennutzungen		
6.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärsubstrat aus Biogasanlagen und Festmistkompost und sonstigen seuchenhygienisch bedenklichen Stoffen	nur zulässig wie bei Nr. 6.2, für Gärsubstrate und Kompost sind die Sperrfristen einzuhalten	verboten
6.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 6.3)	nur zulässig unter Einhaltung aller aktuellen fachlichen Regeln und Rechtsvorschriften	
6.3	Ausbringen oder Lagern von Klärschlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkalschlamm oder Gärsubstrat bzw. Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen	verboten	
6.4	Lagern von Festmist, Sekundärrohstoffdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen	nur zulässig für Kalkdünger; Mineraldünger und Schwarzkalk <i>(auf die Pflicht zur dichten Abdeckung gegen Niederschlag wird hingewiesen)</i>	verboten
6.5	Lagern von Gärfutter oder Gärsubstrat außerhalb ortsfester Anlagen	nur zulässig in allseitig dichten Foliensilos bei Siliergut ohne Gärsafterwartung sowie Ballensilage	verboten

⁵ Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) können im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden: <http://www.stmug.bayern.de/umwelt/oekoenergie/windenergie/index.htm>

Nr.		in der Weiteren Schutzzone (Zone III)	in der Engeren Schutzzone (Zone II)
6.6	ganzjährige Bodendeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	erforderlich, sobald der Nitratgehalt im geförderten Rohwasser 25 mg/l übersteigt ⁶ und soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Eine wegen der nachfolgenden Fruchtart unvermeidbare Winterfurche darf erst ab 15.12. erfolgen. Zwischenfrucht vor Mais darf erst ab 01.03. eingearbeitet werden.	
6.7	Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung	nur zulässig auf Grünland, ohne flächige Verletzung der Grasnarbe (siehe Anlage 2, Ziffer 4) oder für bestehende Nutzungen, die unmittelbar an bereits vorhandene Stallungen gebunden sind	verboten
6.8	Wildfutterplätze und Wintergatter zu errichten	zulässig	verboten
6.9	Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten	
6.10	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität	verboten
6.11	landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen	
6.12	besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2, Ziffer 6 neu anzulegen oder zu erweitern	nur Gewächshäuser mit geschlossenen Entwässerungssystemen zulässig	verboten
6.13	Rodung, Kahlschlag größer als 2.000 m ² oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme (siehe Anlage 2, Ziffer 7)	verboten (ausgenommen bei Kalamitäten und Eichensaaten)	
6.14	Nasskonservierung von Rundholz	verboten	

⁶ Sobald der Nitratgehalt von 25 mg/l in einer genutzten Fassung überschritten ist oder aufgrund eines stetigen Anstiegs mit einer Überschreitung zu rechnen ist, erfolgt durch das Landratsamt Miltenberg eine öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Miltenberg. Die Ge- und Verbote der Ziffer 6.6 treten dann am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung bis auf Widerruf (öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt) in Kraft.

-
- (2) Im Fassungsbereich (Schutzzone I) sind sämtliche unter den Nrn. 1 bis 6 aufgeführten Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.

§ 4 Befreiungen

- (1) Für die Erteilung von Befreiungen von Einschränkungen, Verboten und Handlungspflichten des § 3 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG.
- (2) Die Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG ist widerruflich; sie kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann das Landratsamt Miltenberg vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, erfordert.
- (4) Sind für die Zwecke der Wassergewinnung und -ableitung Befreiungen von Verboten und Beschränkungen des § 3 Abs. 1 und 2 bezüglich der Nummern 3.5 und 5.1 erforderlich, so hat der Träger der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragte die erforderlichen Baumaßnahmen und Schutzvorkehrungen frühzeitig mit dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg abzustimmen. Für dringende Abhilfemaßnahmen in Notfällen gilt die Befreiung als erteilt, sofern das Landratsamt Miltenberg, das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg und das Gesundheitsamt Miltenberg verständigt sind.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebiets haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamts Miltenberg zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.
- (2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach § 52 Abs. 4 WHG i.V.m. §§ 96 – 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Handlungs- und Duldungspflichten (§ 52 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 WHG)

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen des Fassungsgebietes und der anderen Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.
- (2) Sie haben ferner Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte des Landratsamtes Miltenberg zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.
- (3) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder des Landratsamtes Miltenberg zu dulden.
- (4) Sie haben ferner das Betreten der Grundstücke zur Wahrnehmung der Eigenüberwachungspflichten gemäß § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 WHG und gemäß § 3 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung – EÜV) in der jeweils geltenden Fassung durch
 - a. Bedienstete des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder
 - b. von ihm hiermit Beauftragtezu gestatten, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu ermöglichen
- (5) Sind Aufzeichnungen nach dieser Verordnung vorzunehmen, sind diese auf Verlangen dem Begünstigten und/oder dem Landratsamt Miltenberg innerhalb von 4 Wochen vorzulegen.

§ 7 Ausgleichsleistungen und Entschädigung (Art. 32, 57 BayWG, § 52 Abs. 4, 5 WHG)

- (1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder Mehraufwendungen für den Bau und Betrieb land- oder forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen nach Maßgabe des Art. 32 Satz 1 Nr. 2 BayWG zur Folge haben, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener finanzieller Ausgleich nach Art. 32 i.V.m. Art. 57 BayWG zu leisten. Die Höhe ergibt sich aus den zum Erreichen des Schutzzwecks tatsächlich erforderlichen Einschränkungen oder Mehraufwendungen.
- (2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 oder durch andere Maßnahmen vermieden oder ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 Abs. 2 hinaus nach § 52 Abs. 4 WHG i.V.m. §§ 96 – 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 8 Pflichten des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist (Begünstigter)

- (1) Der Begünstigte hat den Fassungsbereich wirksam gegen den Zutritt Unbefugter, gegen Zufluss von Niederschlags- und Schmelzwässern sowie vor Beeinträchtigungen der schützenden Bodendecke und ggf. der Fassungsanlagen infolge tieferer Durchwurzelung und Windwurf zu schützen. Bereits vorhandene Bäume sind bodenschonend zu entfernen, entstandene Verletzungen der Bodendecke umgehend zu beheben.
- (2) Der Begünstigte hat bei nicht öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zur Kennzeichnung die Hinweiszeichen auf eigene Kosten zu beschaffen und an den Stellen anzubringen und zu unterhalten, an denen es das Landratsamt Miltenberg anordnet. Dies gilt auch für oberirdische Gewässer und sonstige Stellen, an denen eine Kennzeichnung erforderlich ist.
- (3) Der Begünstigte hat die Engere Schutzzone mindestens vierteljährlich, die Weitere Schutzzone mindestens einmal pro Jahr zu begehen. Festgestellte Verstöße gegen die Anordnungen der Schutzgebietsverordnung sind in das Betriebstagebuch einzutragen und in den Jahresbericht nach § 5 EÜV aufzunehmen. Sofern eine Mängelbeseitigung in einer der Gefährdungslage und Zumutbarkeit angemessenen Frist nicht erreicht werden kann, sind das Landratsamt Miltenberg und das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg zu verständigen.

Das Verbot der Düngung mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärresten aus Biogasanlagen und Festmistkompost in der Engeren Schutzzone ist mindestens einmal im Monat zu kontrollieren. Verstöße sind dem Landratsamt Miltenberg unverzüglich mitzuteilen.

Die Begehungen und Kontrollen sind im Jahresbericht nach § 5 EÜV zu dokumentieren.

- (4) Der Begünstigte hat die Vorlage der Aufzeichnungen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 und § 5 EÜV, i.V.m. § 52 Abs. 1 Nr. 3 WHG, jährlich vollständig und unaufgefordert vorzunehmen. Dies betrifft insbesondere auch die Daten zur Rohwasserbeschaffenheit.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 103 Abs. 1 Nr. 7a, Abs. 2 WHG, Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer Beschränkung, einem Verbot oder einer Handlungspflicht nach § 3 Abs. 1 und 2 zuwiderhandelt oder einer Pflicht nach § 8 nicht nachkommt,
2. eine im Wege einer Befreiung nach § 4 zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Befreiung verbundenen Inhalts- und Nebenbestimmungen zu befolgen,
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach den §§ 5 und 6 nicht duldet.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Miltenberg (Bote vom Untermain, Main-Echo) bzw. im Amtsblatt des Landkreises Main-Spessart in Kraft. Gleichzeitig wird die Verordnung des Landratsamtes Miltenberg zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes zum Schutze der Brunnen 1 und 2 für die öffentliche Wasserversorgung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Stadtprozeltenener Gruppe vom 07.04.2011 aufgehoben.

Miltenberg, den 08.05.2025

Landratsamt Miltenberg

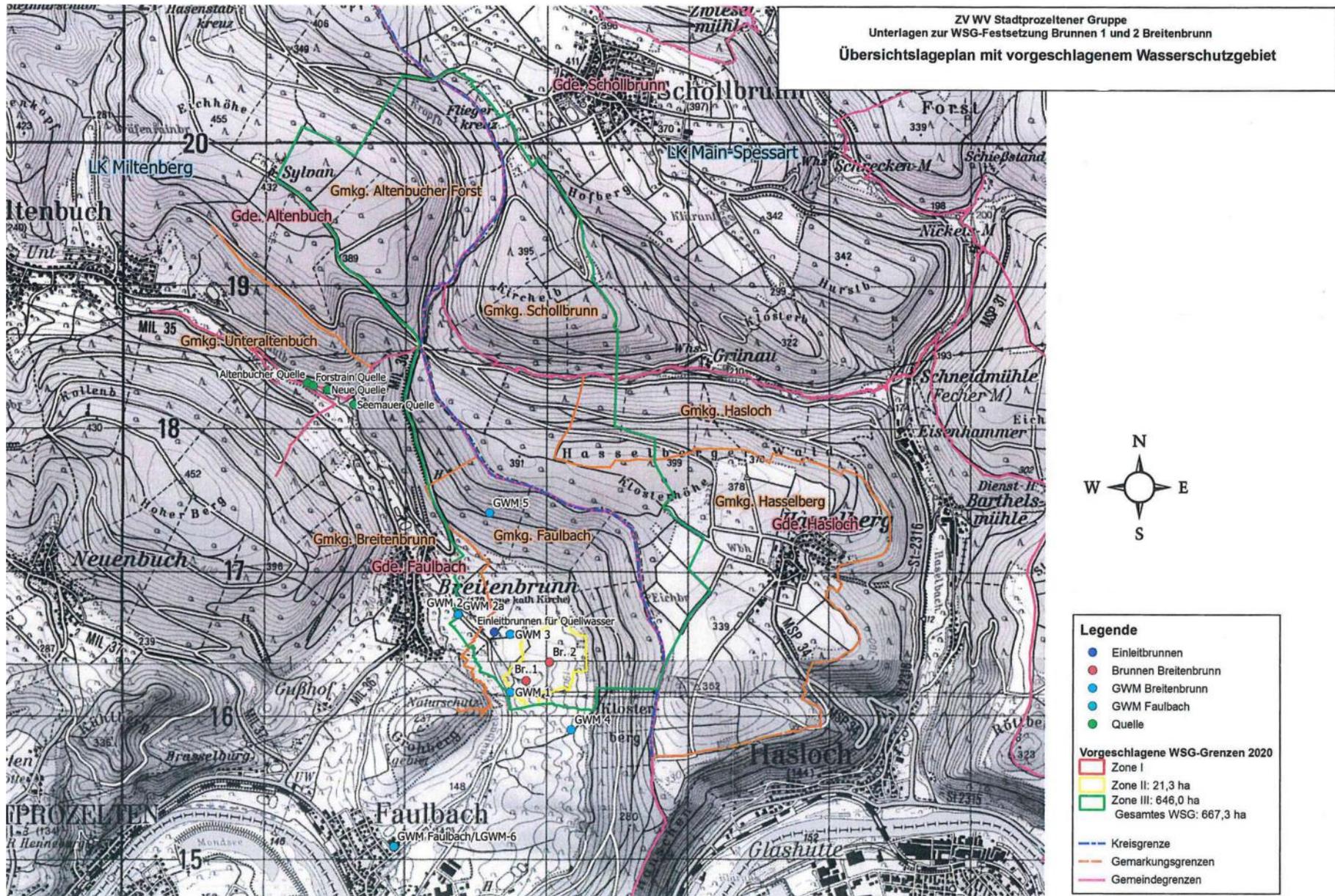
gez.

Schötterl

Stellvertreter des Landrats

Anlage 1

(Lageplan)



Anlage 2

Die Hinweise dieser Verordnung auf einschlägige Gesetze, Paragraphen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Merkblätter, Regelwerke, DIN-Normen, Arbeitsblätter etc. sind stets in ihrer jeweils aktuellen Fassung zu berücksichtigen.

Maßgaben zu § 3 Abs. 1, Nrn. 1, 2, 3, 5 und 6

1. Leitungen verlegen oder erneuern (zu § 3 Abs. 1 Ziffer 1.3)

Gemäß Ziffer 1.3 ist das Verlegen von Leitungen in der Zone II verboten. Arbeiten an bestehenden Leitungen in der Zone II sind deshalb nur bei Einhaltung der nachfolgenden zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zulässig:

Bauausführung und Baubetrieb:

- a) Bodeneingriffe sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken und in kürzest möglicher Zeit durchzuführen.
- b) Abbruchmaterial ist aus dem Wasserschutzgebiet zu verbringen.
- c) Verwendeten Baustoffe dürfen keine auslaugbaren oder abschwemmbar wassergefährdende Stoffe enthalten.
- d) Auf allen Baufahrzeugen sind Bindemittel für Leichtflüssigkeiten zum sofortigen Einsatz bei Leckagen mitzuführen.
- e) Fahrzeuge, Geräte und Arbeitsmaschinen müssen vor dem Einsatz im Schutzgebiet auf Leckagen überprüft werden.
- f) Baufahrzeuge und Arbeitsmaschinen, die längere Zeit an einem Ort verbleiben (z. B. über Nacht) müssen außerhalb der Engeren Schutzzone abgestellt werden.
- g) Wird bei den Bauarbeiten Grundwasser angetroffen, ist sofort das Landratsamt Miltenberg, sowie das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg mit Arbeitsunterbrechung zu verständigen, damit vor Ort nähere Erhebungen und Festlegungen getroffen werden können.

Überwachung des Baubetriebes:

- a) Beginn und Ende der Baumaßnahme sind dem Landratsamt Miltenberg vorher mitzuteilen, bei planbaren Maßnahmen mindestens 14 Tage vorher schriftlich anzuzeigen.
- b) Unfälle, die schädliche Einwirkungen auf das Grundwasser haben können (z. B. Auslaufen von Öl), sind unverzüglich dem Landratsamt Miltenberg, dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg und dem Wasserversorger zu melden.

2.

2.1 Wassergefährdende Stoffe (zu Nr. 2)

Es ist jeweils die aktuelle Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen des Umweltbundesamt im Bundesanzeiger und der Datenbank Rigoletto⁷ zu beachten (abrufbar im Internet unter: <https://webrigoletto.uba.de/Rigoletto/>).

Stoffe, deren Einstufung nicht vom Umweltbundesamt im Bundesanzeiger und der Datenbank Rigoletto veröffentlicht wurde, gelten als nicht eingestuft und müssen vorsorglich als stark wassergefährdend (WGK 3) betrachtet werden. Anlagenbetreiber sind verpflichtet für diese Stoffe eine Selbsteinstufung gemäß Anlage 1 der AwSV vorzunehmen und die WGK-Dokumentation beim Umweltbundesamt einzureichen.

Im Folgenden werden einige in Haushalt, Landwirtschaft und Industrie gebräuchliche Stoffe und deren Einstufung in die jeweilige Wassergefährdungsklasse gemäß Datenbank Rigoletto beispielhaft aufgeführt (maßgebend ist stets die jeweils aktuelle Fassung). Ebenso sind viele Abfälle wassergefährdende Stoffe.

WGK 1	WGK 2	WGK 3
schwach wassergefährdende Stoffe	Wassergefährdende Stoffe	stark wassergefährdende Stoffe
„Biodiesel“; schweres Heizöl, reine Schmieröle auf Mineralölbasis Ethanol (Alkohol, Brennspritus), Glykol (in Kühlmitteln) Essigsäure (Entkalker), Salzsäure, Schwefelsäure (z.B. in Autobatterien), Auftausalz, Viehsalz Düngemittel wie Flüssigdünger AHL Ammoniumnitrat, -sulfat, Kaliumnitrat,-sulfat Dicyandiamid(DIDIN)	Dieselmotorenstoff; leichtes Heizöl Schmieröle auf Mineralölbasis (Motorenöl, Hydrauliköl Getriebeöl) Dichlormethan (in Abbeizmitteln) Formaldehyd (als Konservierungsmittel in Lacken und Klebern) Natriumhypochlorit (Chlorbleichlauge) Toluol, Xylol (in sog. Nitroverdünnern) einige Pflanzenschutzmittel, z.B. Terbutylazin Bentazon Ethepon	Ottomotorenstoffe (Benzin, Super) Altöle einige Lösungsmittel, z.B. Tetrahydrofuran (chem. Reinigung) Trichlorethen (zur Metallentfettung) Quecksilber Teer (Abdichtmittel) die meisten Pflanzenschutzmittel, z.B. Cypermethrin, Lindan, Isoprothion

⁷ Bzw. einschlägige Neuregelungen

2.2 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu Nr. 2.2)

Im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zulässig.

In der weiteren Schutzzone (Zone III) sind nur zulässig:

- 1) oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können,
- 2) unterirdische Anlagen der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind.

Die Prüfpflicht richtet sich nach der AwSV.

Unter Nr. 2.2 können auch Abfälle z. B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wertstoffhöfen fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

2.3 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen (zu Nr. 2.3)

Von der Nr. 2.3 sind nicht berührt:

- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Nr. 4.12, 4.13, 6.1, 6.2, 6.5 und 6.6,
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch, soweit diese mindestens doppelwandig oder in einer Auffangwanne (diese muss das gelagerte Volumen vollständig aufnehmen können) gelagert werden.
- Kompostierung im eigenen Garten.

Entsprechend AwSV werden an Abfüllplätze von Heizölverbraucheranlagen über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

3.

3.1 Aborte (zu Nr. 3.3)

Trockenaborte im Sinne dieser Verordnung sind alle Toilettenanlagen und deren Sammelbehältnisse, deren Abwässer/Fäkalien nicht in eine Sammelkanalisation eingeleitet oder in einer Kleinkläranlage (§ 3 Abs. 1 Ziffer 3.1) behandelt werden (z. B. abflusslose Gruben und Abwasserbehälter, Chemie-, Camping- Humus/Komposttoiletten). Vorübergehend im Sinne dieser Verordnung sind wenige, max. bis zu 14 Tagen.

3.2 Anlagen zur Versickerung von häuslichem und kommunalem Abwasser (zu Nr. 3.5)

Das Abwasser ist vor der Versickerung nach strengerem als den Mindestanforderungen gemäß Abwasserverordnung (AbwV) in der jeweils geltenden Fassung zu reinigen. Die Anforderungen richten sich dabei nach den einschlägigen Merkblättern des Bayer. Landesamtes für Umwelt.

Kleinkläranlagen, die nicht der AbwV unterliegen, sind baulich über die allgemein anerkannten Regeln der Technik hinausgehend auszuführen (Ablaufanforderungen entsprechend Größenklasse 1 der AbwV, Anhang 1). Ordnungsgemäßer Betrieb, Wartung und Überwachung muss zuverlässig gewährleistet sein.

Vor der Versickerung ist eine Möglichkeit zur Probenahme vorzusehen.

Für eine Versickerung sind flächige Verfahren unter Ausnutzung der belebten Bodenzone zu wählen (z.B. bepflanztetes Versickerungsbeet, Brachwiese). Unterhalb der Sickerebene muss eine ausreichende Bodenschicht vorhanden sein.

Detaillierte Ausführungsbestimmungen sind den einschlägigen Merkblättern des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zu entnehmen. (Merkblätter im Internet abrufbar unter http://www.lfu.bayern.de/wasser/merkblattsammlung/teil4_oberirdische_gewaesser/index.htm)

4.

4.1 Stallungen und Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft (zu Nrn. 5.3 und 5.4)

Die Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften (JGS-Anlagen, Nr. 5.4) sind generell im Anhang 5 zur AWSV geregelt.

Die AWSV unterscheidet zwischen generell geltenden Anforderungen und besonderen Anforderungen in Wasserschutzgebieten.

Folgende Grundsätze sind immer zu beachten:

Behälter zum Lagern von Jauche, Gülle und Silagesickersäften sind so zu gestalten, dass Leckagen erkannt werden können.

Einwandige JGS-Anlagen dürfen nur mit einem Leckageerkennungssystem gemäß AwSV errichtet und betrieben werden.

Die zugänglichen Anlagenteile, wie Armaturen, Rohrleitungen und die sichtbaren Teile der Behälter — soweit kein Einstieg erforderlich ist — sowie insbesondere die Kontrollschächte der Leckageerkennung sind mindestens jährlich durch Sicht- oder Funktionskontrolle zu prüfen. Bei Verdacht auf Undichtigkeit (z. B. Gülle im Kontrollschacht) ist das Landratsamt Miltenberg unverzüglich zu benachrichtigen.

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind gemäß AwSV flüssigkeitsundurchlässig (Beton mit hohem Wassereindringwiderstand) auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung auf Undichtigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind.

Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Dies kann durch einen zweiten Lagerbehälter oder eine ausreichende Speicherkapazität der Güllekanäle gewährleistet werden. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf den Anhang 7 der AwSV hingewiesen.

Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045 (in der aktuellen Fassung), sind zu beachten.

Betriebe, die durch Zusammenschluss oder Teilung aus einem in Zone III vorhandenen Anwesen entstehen, gelten ebenfalls als „in dieser Zone bereits vorhandene Anwesen“.

4.2 Biogasanlagen

Biogasanlagen unterliegen der Anlagenverordnung (AwSV) und sind durch Anhang 7 nicht eigens erfasst. Sie sind entsprechend dem vom LfU herausgegebene Biogashandbuch Bayern in der jeweils aktuellen Fassung zu erstellen und zu betreiben. Vor Inbetriebnahme sind sie durch einen Sachverständigen nach § 47 AwSV überprüfen zu lassen.

5. **Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung (zu Nr. 6.7)**

Eine flächige Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

6. **Besondere Nutzungen (zu Nr. 6.12)**

Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen:

- Weinbau
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau
- Zierpflanzenanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten

Das Verbot bezieht sich nur auf die Neuanlage derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingt erforderlichen Flächenwechsels bei gleichbleibender Größe der Anbaufläche.

7. **Rodung, Kahlschlag und in der Wirkung gleichkommende Maßnahmen (zu Nr. 6.13)**

Die Verjüngungsform Kahlschlag liegt vor, wenn auf einer Waldfläche alle aufstockenden Bäume in einem oder in wenigen kurz aufeinander folgenden Eingriffen entnommen werden, ohne dass bereits eine ausreichende übernehmbare Verjüngung vorhanden ist und daher durch die Hiebsmaßnahme auf der Fläche Freilandbedingungen (Klima) entstehen. Ausnahme sind die zur Klimaanpassung notwendigen forstlichen Hiebmaßnahmen, die zum Waldumbau instabiler Bestände hin zu trockenbeständigen Lichtbaumarten notwendig sind, sofern diese die Fläche von 1 ha nicht überschreiten.

Zu den kleinflächigen Kahlschlägen gehört auch die streifenweise Abholzung von Altbeständen auf einer Breite von 1 — 2 Baumhöhen (30 — 50 m) ohne vorausgehende Vorbereitung.

Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und dadurch auf der Fläche ebenfalls Freiflächenbedingungen entstehen.

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere benachbarte Waldbesitzer Hiebe durchführen, die in der Summe zu den o. g. Freiflächenbedingungen führen.

Dagegen sind Hiebmaßnahmen eines oder mehrerer Waldbesitzer auf räumlich getrennten Teilflächen zulässig, wenn sie die Flächenobergrenzen dieser Verordnung lediglich in der Summe überschreiten.

Kein Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme liegt vor, wenn die Flächen oder Streifen so klein werden, dass die Schutzwirkung des angrenzenden Waldbestandes das Aufkommen eines Freiflächenklimas verhindert. Ein Kahlschlag liegt auch dann nicht vor, wenn in einem gelichteten Bestand eine ausreichende Vorausverjüngung vorhanden ist und dieser Jungwuchs bei der Hiebmaßnahme erhalten bleibt. Bei diesen naturnahen Verjüngungsverfahren mit dem Ziel der Schaffung von Jungwüchsen aus Schatt- und Lichtbaumarten findet entweder zunächst ein Aushieb von einzelnen Bäumen und die vorübergehende Belassung eines Altholzschirmes („Schirmschlag“) oder ein ungleichmäßiger Aushieb von Bäumen in trupp-, gruppe- und horstweiser (1/2 bis 2 Baumhöhen) Form („Femelschlag“) bzw. in Kombination („Schirm-/Femelschlag“) statt.

Als Rodung bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Art. 9 Abs. 2 BayWaldG). Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

Unter Kalamitäten sind Schäden durch Windwurf, Schneebruch oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, deren Beseitigung nur durch die Entnahme aller geschädigten Bäume und daher u. U. nur durch Kahlschlag möglich ist.

In Abdruck:

1. Mit 1 Heftung Planunterlagen
Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg
Cornelienstraße 1
63739 Aschaffenburg
2. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Karlstadt
Ringstraße 51
97753 Karlstadt
3. SG 30 – Gesundheitsamt
Fr. Dworschak
- im Hause –
4. Mit 1 Heftung Planunterlagen
Zweckverband zur Wasserversorgung der Stadtprozeltenener Gruppe
Hauptstraße 132
97909 Stadtprozelten
5. Gemeinde Altenbuch
Kirchstraße 15
97901 Altenbuch
6. Mit 1 Heftung Planunterlagen
Gemeinde Faulbach
Hauptstraße 121
97906 Faulbach
7. Mit 1 Heftung Planunterlagen
Verwaltungsgemeinschaft Kreuzwertheim
Gemeinden Schollbrunn und Hasloch
Langfurter Straße 8
97892 Kreuzwertheim
8. Amt für ländliche Entwicklung
Zeller Str. 40
97082 Würzburg
9. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Referat Infra I 3
Fontainengraben 200
53123 Bonn
10. Bayernwerk AG
Dillberg 10
97828 Marktheidenfeld
11. Vodafone GmbH
Südwestpark 15
90449 Nürnberg
12. Bayerisches Landesamt für Umwelt
Bürgermeister-Ulrich-Str. 160
86179 Augsburg

-
13. Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain
Bayernstraße 18
63739 Aschaffenburg
 14. Regierung von Unterfranken
Sachgebiet 24
Peterplatz 9
97070 Würzburg
 15. Staatliches Bauamt Aschaffenburg
Cornelienstraße 1
63739 Aschaffenburg
 16. Deutsche Telekom Technik GmbH
Technische Infrastruktur Niederlassung Süd
Schürerstraße 9a
97080 Würzburg
 17. PLEdoc GmbH
Postfach 12 02 55
45312 Essen
 18. SG 42 – Naturschutz
- im Hause –
 19. SG 51 – Bauleitplanung
- im Hause –
 20. Bayerischer Bauernverband
Hauptgeschäftsstelle Unterfranken
Werner-von-Siemens-Straße 55 a
97076 Würzburg
mit der Bitte um Kenntnisnahme
 21. Mit 2 Hefungen Planunterlagen
Landratsamt Main-Spessart
Marktplatz 8
97753 Karlstadt
 22. Wasserbuch

Miltenberg, 08.05.2025
Landratsamt
gez.

Schötterl
Stellvertreter des Landrats